

Zielvereinbarung

Zwischen dem

Parteivorstand der Partei DIE LINKE
vertreten durch

<i>Caren Lay</i>	<i>Bundesgeschäftsführerin</i>
<i>Werner Dreibus</i>	<i>Bundesgeschäftsführer</i>
<i>Raju Sharma</i>	<i>Bundesschatzmeister</i>

und dem

Landesvorstand DIE LINKE. Rheinland-Pfalz
vertreten durch

<i>Elke Theisinger-Hinkel</i>	<i>Landessprecherin</i>
<i>Wolfgang Ferner</i>	<i>Landessprecher</i>

zum Aufbau und zur Sicherstellung arbeitsfähiger Organisationsstrukturen im Landesverband Rheinland-Pfalz.

Vorbemerkung

Der Parteivorstand und der Landesvorstand sind sich darüber einig, dass es notwendig ist, den eingeschlagenen Weg zur personellen und strukturellen Entwicklung in der Partei zu beschleunigen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des im Jahr 2013 anstehenden Bundestagswahlkampfes. Hierzu sollen die Landesverbände nach Maßgabe entsprechender Beschlüsse die erforderlichen Mittel erhalten. Gemäß den Empfehlungen des Bundesfinanzrats ist die Zuweisung dieser Mittel an konkrete Zielvorgaben zu knüpfen, die von der Bundesgeschäftsführung und dem Bundesschatzmeister mit den jeweiligen Landesvorständen abzustimmen und regelmäßig zu überprüfen sind.

Der Landesverband Rheinland-Pfalz befindet sich in einer ausgesprochen schwierigen Situation. Aus eigener Kraft kann sich der Landesverband momentan nicht finanzieren. 2011 wurde durch den Parteivorstand ein Darlehen in Höhe von 50 T€ ausgereicht, die staatlichen Mittel aus dem Wahlkampf wurden nur zu einem Viertel an den gemeinsamen Wahlkampffonds beim Parteivorstand abgeführt und die Beiträge zur EL einbehalten. Der Landesverband wäre sonst im Jahr 2011 nicht liquide gewesen.

Mitglieder können nicht gehalten werden, die Beitragseinnahmen sind auf niedrigem Niveau rückläufig. Für 2011 gab es keinen vom Parteirat bestätigten Finanzplan. Berichte über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung einschließlich der Berichte zu den Zuführungen an die Kreisverbände wurden in den letzten beiden Jahren nicht vorgelegt. Die Auszahlungen an die Kreise erfolgten sporadisch, dazu liegen ebenfalls keine Nachweise und keine Abrechnungen vor. Aus dieser Situation resultiert, dass der Landesfinanzrat erst Anfang 2012 informiert wurde. Die Sitzungen des Landesfinanzrates waren seit längerer Zeit nicht beschlussfähig.

Die Verantwortlichen auf beiden Seiten sind sich einig, dass eine Unterstützung des Landesverbandes finanziell, strukturell und personell den Landesverband Rheinland-Pfalz aus dieser schwierigen Situation führen kann. Wir sind der Überzeugung, dass die vorgeschlagene strukturelle und personelle Unterstützung in der Fläche die Parteiarbeit der Kreisverbände erleichtert und vor allem motiviert. Mitglieder und Verantwortliche hätten Ansprechpartner in ihrer Nähe.

Mit der Erarbeitung der Abrechnungen, vor allem zu den offenen Forderungen der Kreise, wurde bereits begonnen. Damit soll der Landesfinanzrat wieder arbeits- und entscheidungsfähig werden. Mit einer Struktur- und Finanzkonferenz wird im ersten Quartal bei den verantwortlichen Akteuren mit einer sachlichen Aufbereitung der Lage ein Problembewusstsein zur Situation im Landesverband geschaffen und mögliche Wege und Maßnahmen erarbeitet.

Zu konkreten Vorhaben, deren finanzieller Aufwand zweihundertfünfzig Euro übersteigt, und nicht mit dem beschlossenen Finanzplan abgedeckt ist, wird die Beauftragte des Bundesschatzmeisters vorab informiert.

I. Organisationsziele für den Landesverband

Im Jahr 2012 soll folgende personelle und strukturelle Mindestausstattung für den Landesverband geschaffen werden:

Strukturelle Mindestausstattung

- a) 1 Landesgeschäftsstelle
- b) 2 Regionalgeschäftsstellen

Die Regionalgeschäftsstellen werden mit PC-Technik, Kopier-, Drucker- und Kommunikationstechnik nach Notwendigkeit ausgestattet. Ebenfalls wird für die notwendige Möblierung gesorgt. Für die Landesgeschäftsstelle wird neue Kopier- und Drucktechnik angeschafft.

Personelle Mindestausstattung

- a) 1 Mitarbeiter/in geschäftsführende Aufgaben/Mitgliederentwicklung in Vollzeit Gehaltsgruppe 5, mit Befristung bis 2013
- b) 1 Mitarbeiterin Finanzen in Teilzeit, 32 Std. in der Gehaltsgruppe 3
- c) 1 Finanzbuchhalterin in Teilzeit, 30 Std. in der Gehaltsgruppe 4 oder 5 (entsprechend Qualifizierung) mit Befristung
- d) 2 Regionalmitarbeiter/innen in Teilzeit, 32 Std., in der Gehaltsgruppe 5, mit Befristung 2013 und der Option auf Vollzeitbeschäftigung ab Januar 2013
- e) 1 Assistent/in für Gremienarbeit in Teilzeit, 19,25 Std. in der Gehaltsgruppe 4, mit Befristung 2013

II. Vorhandene Organisationsstruktur im Landesverband

Die bei Abschluss dieser Zielvereinbarung im Landesverband vorhandenen Personal- und Organisationsstrukturen werden nach Umfang und Qualität wie folgt bewertet:

Geschäftsstellenstruktur

a) Landesgeschäftsstelle in Mainz

Es wird eingeschätzt, dass die Größe der Landesgeschäftsstelle ausreicht. Der Finanzbereich ist abgegrenzt und kann verschlossen werden. Beratungsmöglichkeiten sind vorhanden.

Der Mietvertrag kann erst wieder zum 31. Dezember 2016 gekündigt werden, da wegen der fehlenden Finanzen der Mietzins nach unten verhandelt wurde. Die Miete beträgt momentan 850 € plus 200 € Nebenkosten. Dem Stadtverband Mainz werden Nutzungsrechte eingeräumt, ohne finanzielle Beteiligung (momentan nicht möglich).

Die Landesgeschäftsstelle ist nicht vollständig mit Technik ausgestattet. Kopiertechnik ist vorhanden, aber nicht ausreichend. Telefon- und Faxtechnik sind vorhanden.

Es wird angestrebt, neue Räumlichkeiten für die Landesgeschäftsstelle zu suchen, da an dem Standort die Miete sehr hoch ist (Nachmieter muss gefunden werden).

b) Kreisgeschäftsstelle in Kaiserslautern

Es handelt sich um ein Büro des Stadtverbandes Kaiserslautern, der Stadtverband Kaiserslautern hat den Mietvertrag geschlossen. Die Gesamtmiete beträgt 650 € einschließlich Nebenkosten. Der Kreisverband Kaiserslautern hat Nutzungsrechte und beteiligt sich mit 100 € monatlich. Es existiert ein Untermietvertrag mit einem Bundestagsabgeordneten. Der Mietvertrag läuft bis zum 30. September 2014 und kann auf unbestimmte Zeit verlängert werden.

1 Büroraum (1 weiteres Büro wird durch den Bundestagsabgeordneten genutzt), 1 Beratungsraum und 1 Lagerraum stehen zur Verfügung. Die Büros sind teilmöbliert, Technik ist nicht vorhanden.

Personalstruktur

Momentan arbeitet für den Landesverband eine Buchhalterin in Teilzeit (32 Std.), in der Entgeltgruppe 3, die für den Landesvorstand und für Kreisverbände tätig ist und ein Mitarbeiter, als studentische Hilfskraft (19,25 Std.) in der Entgeltgruppe 3 eingestellt, der organisatorische Aufgaben erledigt und die Mitglieder verwaltet.

III. Erforderliche Maßnahmen, Priorisierung und Gewichtung

Die zur Erreichung der Organisationsziele erforderlichen Maßnahmen werden wie folgt gewichtet und zeitlich priorisiert werden:

Sofort und wichtig

1. Standorte und Räumlichkeiten im Landesverband Rheinland-Pfalz werden entsprechend der politischen und strukturellen Erfordernisse geprüft. Im ersten Quartal 2012 muss die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten abgeschlossen sein. Die Regionalbüros sollen ab 1. April 2012 nutzbar sein. Dies beinhaltet ebenfalls die Ausstattung mit notwendiger Technik.
2. Für die 2 Regionalmitarbeiter/innen werden die Stellen bis 20. Februar 2012 intern ausgeschrieben. Danach erfolgen Bewerberauswahl, Bewerbungsgespräche und Unterzeichnung der Arbeitsverträge. Bei erfolgreicher Ausschreibung werden die Regionalmitarbeiter ab 1. April 2012 eingestellt. Das Bewerberverfahren erfolgt in Abstimmung mit der Bundesgeschäftsführung und dem Bundesschatzmeister.
3. Bleiben die internen Ausschreibungen ohne Erfolg werden die Stellenausschreibungen extern bis 29. Februar 2012 wiederholt. Dabei werden kostenlose Portale genutzt, da die Ausschreibung als Annonce für zu teuer erachtet wird. Die Einstellung erfolgt dann ab 1. April 2012.
4. Die Stelle für den/die Assistenten/in für Gremienarbeit wird analog intern und extern ausgeschrieben und die Einstellung erfolgt ab 1. April 2012. Das Bewerberverfahren erfolgt in Abstimmung mit der Bundesgeschäftsführung und dem Bundesschatzmeister.
5. Für den Mitarbeiter, der als studentische Hilfskraft seit März 2009 eingestellt ist, erfolgt eine Weiterbeschäftigung und der Arbeitsvertrag wird zum 1. Februar 2012 angepasst. Er ist dann, wie in der personellen Mindestausstattung bereits beschrieben, als Mitarbeiter mit geschäftsführenden Aufgaben betraut.

Kurzfristig und wichtig

Die Stelle der Buchhalterin muss neu besetzt werden, da die jetzige Buchhalterin ab 1. Juli 2013 in Rente geht. Als Nachfolger/in wird ein/e Finanzbuchhalter/in eingestellt und empfohlen, die Stelle bereits ab 1. April 2013 zu besetzen, um die neue Stelleninhaberin oder den neuen Stelleninhaber einzuarbeiten. Die Ausschreibung erfolgt zuerst intern, in der Zeit vom 1. Februar bis 15. Februar 2013. Danach wird die Bewerberauswahl, Bewerbungsgespräche und die Unterzeichnung des Arbeitsvertrages erledigt. Bleibt die Ausschreibung ohne Erfolg, wird in der Zeit vom 16. Februar 2013 bis 2. März 2013 extern ausgeschrieben, im gleichen Verfahren, wie oben. Das Bewerbungsverfahren wird mit der Bundesgeschäftsführung und dem Bundesschatzmeister abgestimmt.

IV. Verantwortung für die Durchführung

Der Landesvorstand ist verantwortlich für:

- den Inhalt der Stellenausschreibungen und deren Veröffentlichung intern und extern Abstimmung mit der Bundesgeschäftsführung, dem Bundesschatzmeister und dem Betriebsrat
- die Bewerberauswahl in Abstimmung mit der Bundesgeschäftsführung, dem Bundesschatzmeister und dem Betriebsrat
- den Abschluss der Arbeitsverträge in Abstimmung mit der Bundesgeschäftsführung, dem Bundesschatzmeister
- die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten und den Vertragsabschluss in Abstimmung mit der Bundesgeschäftsführung und dem Bundesschatzmeister
- die Anschaffung der Technikausstattung und der Möbel.

V. Weitere Vereinbarungen

Für 2012 und 2013 werden rechtzeitig Finanzpläne der Kreisverbände und für den Landesverband erstellt. Der Finanzplan des Landesverbandes wird dem Bundesfinanzrat bis spätestens 28. Februar des Jahres vorgelegt.

Die Abgabe der Belege und die Buchhaltung der Kreisverbände werden wie in der Finanzordnung gefordert bis zum 15. des Folgemonats erledigt. Der Quartalsbericht wird vollständig und rechtzeitig beim Parteivorstand eingereicht.

Dem Parteivorstand wird für das jeweils folgende Quartal im Februar, im Mai, im August und im November eine Liquiditätsrechnung vorgelegt.

Die Abgabe der Rechenschaftsberichte für die Kalenderjahre 2011 und 2012 erfolgen wie gefordert bis zum 31. März des jeweiligen Folgejahres.

Die Empfehlungen aus dem Protokoll der Bundesfinanzrevisionskommission vom 25. September 2010 sind umzusetzen.

Die Kreisverbände werden mit dem Landesvorstand gemeinsam die Beitragseinnahmen erhöhen. Für 2012 ist eine Erhöhung des Durchschnittsbeitrages auf 7,10 € und für 2013 auf 7,90 € geplant.

Die Rückzahlung des gewährten Darlehens in Höhe von 50.000 € wird dem Landesverband bis 30. Juni 2012 gestundet. Bis zum 15. Juni 2012 legt der Landesvorstand dem Parteivorstand einen Rückzahlungsplan vor.

VI. Berichte, Controlling

Die Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes, des Landesvorstandes, des Bundesfinanzrates und das Präsidium des Bundesausschusses erhalten diese Zielvereinbarung zur Kenntnis. Der geschäftsführende Parteivorstand und der Bundesfinanzrat erhalten regelmäßig Berichte von der Entwicklung im Landesverband im Zusammenhang mit dieser Zielvereinbarung. Im Übrigen erhalten der Landesvorstand, die Bundesgeschäftsführung und der Bundes-schatzmeister regelmäßige, mindestens vierteljährliche Sachstandsberichte.

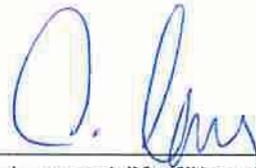
VII. Finanzierung

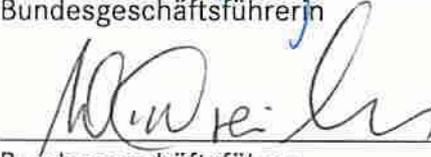
Der Finanzierungsplan ist Bestandteil der Zielvereinbarung.

Eine Weiterfinanzierung über das Jahr 2013 hinaus wird nur mit einer neuen Zielvereinbarung möglich sein.

Berlin, 23. April 2012

Für den Parteivorstand


Bundeschäftsführerin


Bundeschäftsführer


Bundeschatzmeister

Mainz, 22. Mai 2012

Für den Landesverband


Landessprecherin


Landessprecher